

FR-01

Antrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand (Beschlossen am 09.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

1 Antragstext

2 I. Freiheit als ein grüner Grundwert

3 Der Wunsch nach Freiheit hat Menschen und progressive politische Bewegungen
4 schon immer beflügelt. Sich selbst verwirklichen zu können, Neues
5 auszuprobieren, widersprechen zu können - all das sind tiefe menschliche
6 Bedürfnisse. Freiheit zu schützen und zu verwirklichen war und ist ein
7 Kernanliegen grüner Politik. Und auch, wenn elementare Freiheiten heute in
8 unserem Rechtsstaat garantiert sind, ist das Ringen um Freiheit und
9 Selbstbestimmung noch lange nicht zu Ende. Angesichts eines ungekannten
10 wirtschaftlichen Wohlstands und neuer technischer Möglichkeiten entstehen
11 derzeit neue Chancen und Räume der Freiheit. Demgegenüber stehen neue
12 Bedrohungen - Überwachungsorgien entfesselter Geheimdienste wie NSA und Co., die
13 technische Neuerungen zur Massenüberwachung missbrauchen, ein aus den Fugen
14 geratener Sicherheitsdiskurs, aber auch der Klimakollaps und das Artensterben.

15 Freiheit ist einer von vier Pfeilern, die unsere grüne Programmatik tragen. Als
16 Bündnis 90/Die Grünen sind wir maßgeblich aus Freiheitsbewegungen entstanden.
17 Das vergessen wir nicht, im Gegenteil: Unser Grundsatzprogramm von 2002 stellt
18 Selbstbestimmung und Freiheit als einen grünen Grundwert neben Ökologie,
19 erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. Und wir treten damit ein für
20 Gewaltfreiheit und Menschenrechte und die Verwirklichung des
21 Freiheitsversprechens des Grundgesetzes.

22 Uns einen als Partei diese Grundwerte. Als Partei der Ökologie treten wir ein
23 für eine offene Gesellschaft und erweiterte Gerechtigkeit. Wir sind als Grüne
24 weder eine konservative, noch eine liberale oder sozialdemokratische Partei,

25 sondern eine eigenständige politische Kraft. Wir wollen unser originär grünes
26 Profil weiter schärfen und den Menschen klarmachen, warum es sich lohnt, für
27 Freiheit zu kämpfen - national wie international.

28 Wir sind aus vielfältigen Wurzeln zusammengewachsen. Unsere Gründungsgeschichte
29 ist verbunden mit sozialen Bewegungen, die in einer verkrusteten BRD unter
30 anderem für mehr Freiheitsräume, Bürgerrechte und die Anerkennung alternativer
31 Lebensstile eingetreten sind. Unser Parteiname BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für
32 die Verbindung der westdeutschen Neuen Sozialen Bewegungen und ihrem Streben
33 nach Freiheit und Emanzipation mit der ostdeutschen Freiheitsbewegung. Vor 25
34 Jahren ist die Mauer gefallen, weil Menschen leidenschaftlich für die Freiheit
35 und gegen staatliche Bevormundung und Gängelung gekämpft und ihr Leben riskiert
36 haben. Das wird uns gerade dieser Tage einmal mehr bewusst. In dieser Tradition
37 bewegen wir uns und leiten daraus einen grünen Freiheitsbegriff ab. Die Würde
38 des Menschen steht bei uns an erster Stelle. Daran orientieren wir uns in
39 unseren Leitlinien, unseren Werten und unserer Politik. Mit unserem Eintreten
40 für Frauenrechte, für die Rechte von MigrantInnen und Flüchtlingen und die
41 Rechte Homosexueller haben wir wichtige Voraussetzungen für eine freie und
42 vielfältige Gesellschaft geschaffen. Und als überzeugte Verfechterin des
43 europäischen Friedensprojekts haben wir dazu beigetragen, die Freiheit in Europa
44 ohne Grenzen zu reisen, zu lernen und zu arbeiten zu erkämpfen.

45 Wir Grüne haben in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten Freiräume für mehr
46 Selbstbestimmung erkämpft. Auch heute wollen wir mehr Freiheit erstreiten, sie
47 schützen und Bedrohungen der Freiheit zurückdrängen. Wir ringen um den Begriff
48 der Freiheit. Wir sehen ein starkes gesellschaftliches Bedürfnis nach größeren
49 Freiräumen und geschützten Rückzugsräumen. Nach einer Gesellschaft, die nicht
50 nur auf ein Schneller, Höher, Weiter setzt und einem Leben, das Zeit lässt zum
51 Durchatmen. Es gibt den Wunsch nach Gestaltung, die nicht bei jedem Problem auf
52 Law und Order setzt.

53 Doch unser Einsatz für Freiheit und Selbstbestimmung ist gerade in der jüngeren
54 Vergangenheit nicht immer so wahrgenommen, teils sehr bewusst missinterpretiert
55 und auch von uns nicht immer so signalisiert worden. Die politische Linke hat
56 den Wert von Freiheit und Selbstbestimmung viel zu häufig vernachlässigt und der
57 politischen Rechten überlassen. Neoliberale haben Freiheit ohne Verantwortung
58 gepredigt und für maßlose Deregulierung missbraucht. Für die Freiheit der Zocker
59 muss jetzt die Gemeinschaft geradestehen. George W. Bush hat mit dem Ruf nach
60 Freiheit nach dem 11. September 2001 den War on Terror und den Aufbau einer
61 allumfassenden Überwachungsinfrastruktur gerechtfertigt.

62 **Der Grüne Freiheitsbegriff**

63 Das zeigt: Es gibt unterschiedliche Vorstellungen von Freiheit. Dem neoliberalen
64 Verständnis von Freiheit, welches vor allem den Staat als unwillkommene
65 Gängelung individuellen Gewinnstrebens wahrnimmt und im Recht des Stärkeren
66 endet, setzen wir eine verantwortungsbewusste, emanzipatorische, partizipative
67 und solidarische Freiheit entgegen.

68 In unserem Grundsatzprogramm haben wir einen **emanzipatorischen** Freiheitsbegriff
69 definiert. Freiheit, Emanzipation und Selbstbestimmung gehören für uns

70 Bündnisgrüne untrennbar zusammen. Jede und jeder soll sich frei entfalten, so
71 lange damit nicht in die Freiheit der Anderen eingegriffen wird. Wir wollen eine
72 Gesellschaft, die von den Bürgerinnen und Bürgern aktiv mitgestaltet wird, in
73 der alle Menschen ihr Leben selbst gestalten, ihre Kreativität ausleben und ihre
74 Potentiale nutzen können – frei von Bevormundung. Gesetzlichen Bestimmungen und
75 gesellschaftlichen Normen, die Menschen diskriminieren, stellen wir uns
76 entgegen. Auf diesem Weg haben wir viel erreicht.

77 Es wird immer wieder Freiheitsentscheidungen geben, die uns nicht gefallen und
78 die in Widerstreit mit den Zukunftschancen künftiger Generationen stehen. Der
79 Konflikt zwischen dem Freiheitsinteresse des Einzelnen und übergeordneten
80 Allgemeininteressen lässt sich nicht in jedem Fall widerspruchsfrei auflösen.
81 Dafür braucht es politische Aushandlungsprozesse.

82 Wir wollen unsere grüne Freiheitserzählung weiterentwickeln. Dazu schärfen wir
83 unseren Freiheitsbegriff an unseren anderen grünen Grundwerten.

84 • *Ökologie und Freiheit*

85 Der grüne Leitspruch „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“
86 verdeutlicht, dass die ökologischen Grenzen den Rahmen der Freiheit jeder
87 Generation bilden. Diese zu definieren ist unsere Aufgabe. Seit Jahrzehnten
88 überschreitet unser Land seine ökologischen Grenzen im großen Stil: Weltweit
89 verbrauchen wir im Durchschnitt Ressourcen von fast 2,5 Planeten im Jahr und
90 zerstören dadurch unsere natürliche Lebensgrundlage und das Klima. Damit leben
91 wir ökologisch auf Pump und auf Kosten der Freiheit heutiger und nächster
92 Generationen. Deshalb ist unser Freiheitsbegriff **verantwortungsbewusst**. Wir sind
93 die Partei, die die Gesellschaft von morgen denkt und den Menschen dafür heute
94 Lösungen anbietet.

95 Viele Entscheidungen, die wir treffen, haben Auswirkungen auf die ganze Welt.
96 Unser Freiheitsbegriff, der von der universellen Würde aller Menschen ausgeht,
97 berücksichtigt deshalb auch die globalen Zusammenhänge. Wir wollen einerseits
98 den Menschen möglichst viel Platz zur Selbstentfaltung geben, andererseits
99 wollen wir die Gemeinschaft, das Klima und die Artenvielfalt schützen. Damit
100 nicht einige wenige auf Kosten der Gesellschaft, der Umwelt und ärmerer Länder
101 die eigene Freiheit ausleben, braucht es einen Rahmen und Regeln für das
102 Zusammenleben. Wie dieser Rahmen aussieht und was eine legitime Einschränkung
103 ist, muss demokratisch verhandelt werden.

104 Klar ist für uns, dass es Regulierung und Vorschriften braucht, aber auch freien
105 Raum für neue Ideen und kreative Ansätze. Dabei wird es immer wieder nötig sein,
106 in die individuellen Freiheiten und Interessen einzugreifen. Doch konzentrieren
107 wir uns als Anwälte der BürgerInnen bei der notwendigen Regulierung darauf, die
108 Strukturen zu verbessern. Im Lebensmittelbereich setzen wir also bei den
109 ProduzentInnen an und nicht bei den KonsumentInnen. Ob jemand am Donnerstag
110 Fleisch isst oder nicht, ist uns herzlich egal. Vielmehr wollen wir hohe
111 ökologische Standards und Tierschutz durch artgerechte Haltung durchsetzen und
112 die VerbraucherInnen besser über die Produktionsbedingungen aufklären.

113 • *Gerechtigkeit und Freiheit*

114 Grüne Politik formuliert einen klaren Gerechtigkeitsanspruch. Die sich
115 vertiefende soziale Kluft in Deutschland, die Exklusion vieler Menschen von
116 Arbeit und Bildung und die starke Ungleichverteilung der Vermögen sind für uns
117 nicht hinnehmbar. Wir werden uns hier weiter für die Schwachen stark machen und
118 von starken Schultern fordern, dass sie mehr tragen müssen. Das richtet sich
119 nicht gegen „die Freiheit“, sondern versucht möglichst viel Freiheit für Alle zu
120 eröffnen.

121 Freiheit erfordert Gerechtigkeit und eine sozial ausgleichende Politik, wenn sie
122 nicht die Freiheit einiger weniger meinen soll. Freiheit wird nicht durch
123 Gerechtigkeit eingeschränkt, sondern nur in einer gerechten Gesellschaft können
124 alle frei leben. Unser Freiheitsbegriff ist ein **solidarischer**. Sollen Freiheit
125 und Selbstbestimmung nicht für viele nur leere Versprechen sein, braucht es
126 soziale Sicherung und öffentliche Güter.

127 Es ist für uns selbstverständlich, dass sich Gerechtigkeit nicht in der
128 Gängelung der Menschen durch eine Sozialbürokratie verwirklicht. Empowerment ist
129 das Schlüsselwort: der Staat soll zur Selbstbestimmung befähigen und zur
130 Freiheit unterstützen. Grüne Politik will auch kommenden Generationen freie
131 Entfaltungsmöglichkeiten offenhalten und sie nicht mit dem Erbe einer falschen
132 Politik überfrachten. Daher berücksichtigen wir die Konsequenzen unseres
133 Handelns für kommende Generationen. Lassen wir unser Gemeinwesen und unsere
134 Infrastruktur verfallen, engen wir ihre Spielräume ein; müssen sie vorrangig
135 unsere Schuldenberge abtragen, ist ihre Freiheit ebenfalls vermindert.

136 • *Demokratie und Freiheit*

137 Demokratie und Freiheit gehören untrennbar zusammen. Wir haben einen
138 **partizipativen** Freiheitsbegriff. Demokratie ist der Rahmen für die Freiheit sich
139 zu beteiligen, mitzugestalten und zu entscheiden. Erweiterte demokratische
140 Mitwirkungsmöglichkeiten von BürgerInnen in einer vitalen Demokratie bedeuten
141 einen Zugewinn an Freiheit. Demokratie lebt von den Beiträgen und dem ständigen
142 Abwägungsprozess einer lebendigen Zivilgesellschaft. Immer wieder wird es
143 demokratische Entscheidungen geben, die uns nicht gefallen. Freiheit ist aber
144 immer und vor allem die Freiheit der Andersdenkenden. Wir setzen uns für mehr
145 direkte Demokratie und gegen die negativen Auswirkungen wirtschaftlicher Macht
146 und intransparenter Entscheidungsprozesse auf Freiheit ein. So kann eine aktive
147 und selbstbestimmte BürgerInnengesellschaft eigene Entscheidungen treffen. Auch
148 werden wir demokratische Strukturen und Entscheidungsmechanismen verteidigen.
149 Gerade in Zeiten der Globalisierung ist ein besseres Europa die Antwort auf die
150 Sicherung von Freiheit. Die EU kann das Primat der Politik sichern, wenn sie den
151 aus dem Ruder gelaufenen Wirtschaftsliberalismus einhegt und nicht über
152 Geheimverträge wie ACTA oder TTIP voranbringen will. Die Freiheitsrechte der
153 Bürgerinnen und Bürger werden aber dann tangiert, wenn der sie schützende
154 Rechtsrahmen durch internationale Abkommen unterminiert wird.

155 **Grüne Freiheit zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft**

156 Unser Freiheitsbegriff wurzelt historisch stark in den Bürgerbewegungen, im

157 Drang aus einengenden Strukturen auszubrechen, die Dinge anders zu machen und
158 selbst zu organisieren. Für unser Freiheitsverständnis spielt eine lebendige
159 Zivilgesellschaft mit ihren Engagierten, ihren Vereinen und Verbänden eine
160 zentrale Rolle. Eine funktionierende **Bürgergesellschaft** braucht Freiräume, um
161 eigene Projekte zu entwickeln und alternative Wege zu gehen. Sie braucht einen
162 rebellischen Geist, neue, kreative Ideen. Wir wollen diese Freiräume mit den
163 BürgerInnen gemeinsam erkämpfen und sichern. Deshalb fördern wir das Prinzip der
164 Subsidiarität: der Staat muss nicht alles, was er gewährleistet, auch selbst
165 organisieren. Wir halten grundsätzlich die Vielfalt von Trägern, Vereinen und
166 Akteuren im Bereich der Bildung, der Jugendarbeit, der Kultur, im Sozialen wie
167 in der Wirtschaft für eine Bereicherung.

168 Unsere Vision ist es, allen Menschen die gleiche Chance zur Verwirklichung ihrer
169 Freiheit zu geben. Diese Freiheit ist voraussetzungsreich und braucht soziale
170 Sicherheit und Solidarität. Ansonsten bleibt Selbstbestimmung auf wenige
171 begrenzt, die sich diese leisten können. Dazu braucht es einen handlungsfähigen
172 **Staat**, der die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger gegen Einschränkungen schützt
173 und der die Voraussetzungen für freie Entfaltung ermöglicht. Denn nur, wenn
174 Menschen in der Realität auch leben können, was sie gemäß ihrer Rechte dürfen,
175 sind die Bedingungen von Freiheit erfüllt. Dementsprechend hat der Staat eine
176 ambivalente Rolle - einerseits kann er die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger
177 durch überzogenes Sicherheitsdenken oder überbordende Eingriffe gefährden,
178 andererseits ist nur durch ihn die Verwirklichung gleicher Freiheit für alle
179 möglich. Dieser Ambivalenz begegnen wir durch entschiedenes Eintreten für die
180 Menschenwürde, die Grund- und Bürgerrechte, sowie den Kampf für Transparenz und
181 demokratische Kontrolle der staatlichen Institutionen.

182 Fairer Wettbewerb und eine sozial-ökologische Marktwirtschaft sind ökonomische
183 Pfeiler unserer Freiheitsordnung. Innovationsgeist, Unternehmertum und der
184 Wettbewerb um neue Lösungen und Produkte sind Ausdruck wirtschaftlicher
185 Freiheit, die wir stärken wollen. Doch ungezügelter deregulierter Märkte sehen wir
186 ebenso als Bedrohung der Freiheit wie eine Machtwirtschaft, die durch Marktmacht
187 und undurchsichtige Verstrickungen den Wettbewerb aushebelt. Wir haben und
188 brauchen Partner in der Wirtschaft, gerade im Mittelstand, um die notwendige
189 ökologische Modernisierung voranzutreiben.

190 **II. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Stimme der Freiheit**

191 Im Bundestag sind wir Grüne die Stimme für Freiheit und Selbstbestimmung. Die
192 Große Koalition gefährdet mit ihrem Nichtstun bei Datenschutz bis Klimaschutz
193 Freiheit und Selbstbestimmung in eklatanter Weise und sabotiert die Aufklärung
194 des derzeitigen Überwachungs- und Geheimdienstskandals. Die Linke wiederum setzt
195 auf radikalen Etatismus, der zu oft zu Lasten von Freiheit und Selbstbestimmung
196 geht.

197 Grüne Politik verfolgt nicht nur einen klaren bürgerrechtsorientierten Kurs, sie
198 macht Mut zum Widerstand gegen eine freiheits- und bürgerrechtsfeindliche
199 Politik. Sie ist Pfadfinderin für neue Diskurse in Wirtschaft und Gesellschaft,
200 in Ökologie und Verbraucherschutz, in Fragen der Bildung, Betreuung oder
201 Genderpolitik. Dabei stehen wir vor einem neuen Kulturkampf: mit ihrem
202 konservativ-reaktionären Gesellschaftsbild macht die AfD eine Kampfansage an die
203 Vielfalt und Toleranz, für die wir stehen und will unsere hart erkämpften

204 Errungenschaften abwickeln.

205 *II.1 Grundrechte schützen, Privatsphäre im digitalen Zeitalter verteidigen,*
206 *Überwachung stoppen*

207 In Zeiten von NSA, Facebook und Google ist die Privatsphäre der Menschen akut
208 gefährdet. Das Internet hat neue Möglichkeiten geschaffen. Doch Überwachung
209 erstickt Freiheit, weil wir zu unseren eigenen Zensurbehörden werden. Wir wollen
210 keine Überwachung des Internets, mit der letztendlich jede Kommunikation und
211 alle Bewegungen im Netz lückenlos kontrolliert werden können. Wir sind alle
212 verdächtig geworden. Mit unserem emanzipatorischen Freiheitsverständnis ist eine
213 Komplettüberwachung und Rasterung von Menschen nach undurchsichtigen Algorithmen
214 nicht vereinbar. Jede und jeder hat das Recht auf den Schutz der Privatsphäre
215 und das Recht auf Geheimnisse, denn diese sind elementar für Freiheit und
216 Demokratie. Staatliches Handeln muss diese Rechte verteidigen und die
217 Bürgerinnen und Bürger vor Ausspähung, Profilbildung und Rasterung schützen.

218 Die Große Koalition gefährdet unsere Freiheit. Sie geht nicht entschieden gegen
219 die flächendeckende Überwachung vor, aus Angst gute Freunde und Partner zu
220 verschrecken. Sie sabotiert weiterhin die Aufklärung des Geheimdienst- und
221 Überwachungsskandals durch das Parlament, weil sie Fragen zur Rolle der eigenen
222 Dienste fürchtet.

223 Wir Grüne fordern auch weiterhin eine lückenlose Aufklärung der im Raum
224 stehenden Überwachungspraktiken, denn sie sind mit unserer Verfassung nicht in
225 Einklang zu bringen. Der Herrschaft des Rechts wollen wir angesichts sich
226 verselbständigender Geheimdienste wieder Geltung verschaffen, Befugnisse eng
227 begrenzen und die parlamentarische Kontrolle verbessern. Bestehende
228 Datenaustauschabkommen mit den USA wollen wir stoppen und neu verhandeln.
229 Whistleblower wie Edward Snowden wollen wir in ihrer widerständigen Haltung
230 unterstützen, weil sie Freiheit sichert.

231 *II.2 Freiheit für ein selbstbestimmtes Morgen und den Erhalt unserer natürlichen*
232 *Lebensgrundlagen*

233 Nicht nur die jetzt lebenden Generationen haben ein Recht auf Freiheit und
234 Selbstbestimmung, sondern auch unsere Kinder und Kindeskinde. Unser Verständnis
235 von Freiheit für alle ist solidarisch und verantwortungsbewusst: wir haben die
236 Freiheit kommender Generationen im Blick, wir denken global und über das Heute
237 hinaus. Deshalb ist es unsere Verantwortung, die Umwelt zu schützen und nicht
238 mehr dauerhaft Ressourcen zu verbrauchen als sich natürlich erneuern. Der
239 ungebremste Klimawandel ist neben der Zerstörung der biologischen Vielfalt
240 unseres Planeten die größte Hypothek, die wir kommenden Generationen weltweit
241 aufbürden können. Schon heute leiden Menschen in anderen Regionen dieser Welt
242 unter verheerenden Naturkatastrophen und den Folgen des Klimawandels. Der
243 verantwortungslose Raubbau, mit dem die Industriestaaten die Zukunft unseres
244 Planeten gefährden, geht zu Lasten der Ärmsten. Auch ihre Freiheit ist uns
245 Grünen nicht egal, sondern einer der Gründe, warum wir konsequent für mehr
246 globalen Klimaschutz und Solidarität mit den Ländern des Südens eintreten.

247 Die Große Koalition lässt die Klimakatastrophe ohne wirksame Gegenmaßnahmen
248 geschehen. Die Emissionen steigen in Deutschland wieder an, die erneuerbaren

249 Energien werden ausgebremst. Ein Umsteuern hin zu Energieeffizienz und
250 -einsparung bleibt aus. Vielmehr steigt der Verbrauch dreckiger Kohle auf einen
251 Höchststand.

252 Wir Grüne rücken den Klimaschutz und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen
253 in den Mittelpunkt. Deutschland muss auf eine Vorreiterrolle in der EU drängen.
254 Dazu müssen wir aber bei uns anfangen. Das bedeutet, wir brauchen ein
255 Klimaschutzgesetz mit rechtsverbindlichen mittel- und langfristigen
256 Emissionsminderungszielen. So kann Deutschland wieder eine glaubwürdige
257 Vorbildfunktion einnehmen.

258 *II.3 Kommende Generationen von Schuldenbergen befreien, Investitionen in*
259 *Infrastruktur und Daseinsvorsorge ermöglichen*

260 Kommende Generationen brauchen finanzielle Spielräume, um die Aufgaben der
261 Zukunft bewältigen zu können. Und sie müssen die Freiheit haben, selbst darüber
262 zu entscheiden, wie sie diese Spielräume nutzen. Deshalb sind sie darauf
263 angewiesen, dass wir so haushalten, dass sie nicht nur Schulden bedienen,
264 sondern auch politisch gestalten können - bei uns heißt das solidarische und
265 verantwortungsbewusste Freiheit.

266 Ohne Kitas, Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, ohne Alters- und
267 Pflegeheime, Krankenhäuser und ÄrztInnen sowie funktionierende öffentliche
268 Verkehrsmittel und -wege werden viele Menschen in ihrer Freiheit beschnitten.
269 Freiheit und Selbstbestimmung sind in Gefahr, wenn die Infrastruktur und die
270 öffentliche Daseinsvorsorge nicht funktionieren.

271 Die Große Koalition gefährdet die Handlungsfreiheit und Selbstbestimmung
272 kommender Generationen, indem sie ihre finanziellen Spielräume verkleinert: Die
273 Rentenreform bürdet kommenden Generationen große finanzielle Lasten auf. Diese
274 Wohltaten aus der Rentenversicherung und nicht aus Steuermitteln zu bezahlen,
275 hätte die Union selbst früher als eine Versündigung an der Jugend kritisiert.
276 Gleichzeitig verzichtet die Große Koalition auf den Abbau ökologisch schädlicher
277 Subventionen und verschleppt systematisch dringend notwendige Investitionen in
278 Infrastruktur. Die Investitionsquote ist im freien Fall. Die wenigen Mittel
279 reichen nicht für den Erhalt und die Sanierung der bestehenden Infrastruktur,
280 geschweige denn für wichtige Investitionen in die Zukunft. Das heißt, mit der
281 Großen Koalition leben wir von der Substanz und schaffen es nicht eine
282 Infrastruktur vorzuhalten, die die Voraussetzungen für freie Entscheidungen und
283 Freiräume schafft.

284 Wir Grüne fordern eine seriöse Haushaltspolitik. Somit schaffen wir auch unseren
285 Kindern die Freiheit, eigene Akzente zu setzen und nicht nur für unsere Schulden
286 zu arbeiten. Nachhaltige Haushaltspolitik ermöglicht es, kommenden Generationen
287 einen finanz-, sozial- und gesellschaftspolitischen Gestaltungsspielraum zu
288 vererben. Dazu gehören neben solidem Haushalten vor allem Investitionen in die
289 Zukunft. Eine Austeritätspolitik, die einseitig auf eine Kürzung öffentlicher
290 Angebote und die Privatisierung öffentlicher Güter setzt, lehnen wir ab.
291 Insbesondere Kommunen müssen angemessen ausgestattet sein, um ihre Infrastruktur
292 erhalten zu können. Wir wollen nachhaltige Mobilität stärken und ein schnelles
293 Internet für alle, egal ob sie in den Städten oder im ländlichen Raum leben.
294 Gerade auch der Klimawandel fordert ressourcenschonende Innovationen und
295 öffentliche Investitionen, damit wir die größte Menschheitsaufgabe angehen

296 können.

297 *II.4 Für freien und fairen Wettbewerb statt Monopole und Oligopole*
298 Wirtschaftspolitik soll den Menschen dienen und sie im Sinne unseres
299 partizipativen Freiheitsverständnisses in ihrer Selbstbestimmung und freien
300 Entfaltung unterstützen. Das ist momentan nicht der Fall. Die Konzentration der
301 Vermögen ist in Deutschland im Vergleich der Eurostaaten am höchsten. Dies
302 bevorteilt einige wenige und lässt viele im Regen stehen. Diese soziale
303 Polarisierung gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit die
304 Freiheit des Einzelnen.

305 Uns ist die Freiheit der Menschen wichtiger als die Freiheit des Kapitals. Um
306 dies zu realisieren, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. International
307 tätige Unternehmen halten sich allzu oft nicht an nationale Vorgaben und werden
308 oftmals mächtiger als Staaten. Hier gilt es das Primat der Politik wieder zu
309 gewinnen, auch damit sich Politik für die Interessen von kleinen und mittleren
310 Unternehmen einsetzen kann und nicht nur den Profitinteressen einiger weniger
311 Großkonzerne dient. Wir brauchen keine Monopole, sondern Wettbewerb durch
312 Innovationskraft, um Antworten für die dringend notwendige ökologische
313 Modernisierung zu finden. Deshalb kämpfen wir gegen Machtwirtschaft und für
314 fairen Wettbewerb mit gleichen Spielregeln für alle Marktteilnehmer. Der
315 europäische Binnenmarkt zeigt, dass freier Handel große Chancen bietet.
316 Freihandelsabkommen sind nicht per se schlecht, wenn dabei die Rechte der
317 VerbraucherInnen und demokratisch-rechtsstaatliche Grundsätze nicht verwässert,
318 sondern nach Möglichkeit sogar gestärkt werden. Profitieren müssen
319 Verbraucherschutz, Umweltschutz, soziale Rechte und Wirtschaft. Wir wollen
320 solche Vertragsverhandlungen in diesem Sinne gestalten und transparent
321 durchführen. In der jetzigen Form lehnen wir die transatlantischen
322 Handelsabkommen CETA und TTIP ab. Dabei geht es uns auch darum, ob Agrarlobbys,
323 Lebensmittel-Multis, Chemiekonzerne und Saatgutmonopolisten den schnellen
324 Durchgriff haben auf Regierungspolitik oder ob die Freiheit und die Rechte der
325 VerbraucherInnen vorne stehen. Die Handelsabkommen bergen die Gefahr, dass durch
326 Klagen der Konzerne vor privaten Schiedsgerichten demokratische Entscheidungen
327 ausgehebelt werden. Solche Klage-Privilegien lehnen wir ab. Und durch die
328 geplante Durchmarktung von Kunst- und Kultur drohen Reflexionspotenziale
329 verschüttet zu werden und Freiheitsspielräume verloren zu gehen.

330 Die Große Koalition gefährdet Demokratie und Selbstbestimmung durch ihre
331 Unterstützung von diesem TTIP. Die Bundeskanzlerin will die Risiken des
332 transatlantischen Handelsabkommens nicht sehen, weil die Hoffnung auf
333 wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis überwiegt. Die SPD hat erst spät und
334 unter massivem Druck zu zweifeln begonnen. Das ist nicht das einzige Beispiel
335 einer Wirtschaftspolitik, die an den Menschen vorbei praktiziert wird. Bei der
336 Reform des EEG wurden die Ausnahmen für Industrie nicht angetastet. So werden
337 die Kosten weiter auf die VerbraucherInnen abgewälzt und die Konzerne geschont.

338 Wir Grüne kämpfen gegen Investor-Staats-Klagen, die in den Abkommen TTIP und
339 CETA die demokratisch legitimierten Institutionen zu untergraben drohen. Erste
340 Anzeichen für Zweifel innerhalb der EU-Kommission werten wir als Erfolg der
341 Zivilgesellschaft, die aber weiter - mit unserer Unterstützung - Druck machen
342 muss. Wir stellen uns gegen intransparente Verhandlungen und gegen die Absenkung

343 von Standards. Alle geheimen Absprachen müssen auf den Tisch, damit die Abkommen
344 öffentlich diskutiert werden. Aber wir machen bei TTIP und CETA nicht halt. Wir
345 fordern klare Regeln für die Wirtschaft - gegen Kartelle und Oligopole oder
346 Banken, die „too big to fail“ sind. Diese Regeln ermöglichen erst
347 unternehmerische Freiheit für alle. Wir werden der Wirtschaft im Rahmen des
348 Ordnungsrechts klare Regeln setzen. Dazu gehört auch Transparenz bei Lobbyismus,
349 denn geheime Einflussnahme durch die Großen ist oft ein Problem für das
350 Gemeinwohl. Die politische Selbstbestimmung wollen wir stärken, indem wir
351 selbstorganisierte Zusammenschlüsse der europäischen Zivilgesellschaft, wie
352 derzeit im Rahmen der europäischen Kampagne gegen CETA und TTIP, unterstützen.

353 Wenn immer mehr Menschen einer Ökonomie des Habens und Besitzens eine neue
354 Kultur des Teilens entgegensetzen, dann sollte grüne Politik hier ein Pfadfinder
355 der Freiheit sein. Share-Economy, Makers-Markets, Elterninitiativ-Kitas, freie
356 Schulen, Projekte der Bürgerenergie und unzählige andere Bürgerinitiativen sind
357 - wenn sie nicht nur Einzelinteressen, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet und
358 sozial verträglich sind - die besten Beispiele dafür, dass nicht alles durch den
359 Staat bis ins kleinste Detail geregelt, vorgeschrieben und organisiert werden
360 muss.

361 *II.5 Als VerbraucherInnen selbstbestimmt und frei entscheiden können*

362 VerbraucherInnen brauchen unabhängige Informationen, um frei entscheiden zu
363 können, welche Produkte sie kaufen, wo sie ihr Geld anlegen oder was sie essen.
364 Unser emanzipatorisches Freiheitsverständnis basiert darauf, dass
365 VerbraucherInnen dazu in die Lage versetzt werden, frei entscheiden zu können.
366 Ein Lebensmittelskandal nach dem anderen macht deutlich, dass beim Schutz und
367 bei der Information der VerbraucherInnen, genau wie bei der Transparenz der
368 Lebensmittelproduktion, ein starker und tatkräftiger Anwalt für die Bürgerinnen
369 und Bürger fehlt.

370 Die Große Koalition gefährdet die Selbstbestimmung der VerbraucherInnen, denn
371 sie schränkt ihre Möglichkeiten ein, freie und transparente Entscheidungen zu
372 fällen. Sie gefällt sich in der Rolle der Lobby der Produzenten - wie ihre
373 Wirtschaftspolitik zeigt. Sie geht das Thema Verbraucherschutz und
374 Verbraucherinformation nicht an.

375 Wir Grüne verstehen uns als Anwalt der Bürgerinnen und Bürger. Wir verteidigen
376 die VerbraucherInnen gegenüber den großen Lobbys, sorgen für Transparenz und
377 schaffen durch Information die Grundlage für freie Entscheidungen. Wir fordern
378 verbraucherfreundliche Spielregeln für einen fairen und transparenten Markt.
379 Damit kann - wer will - seine Kaufentscheidungen nach ökologischen und sozialen
380 Merkmalen treffen. Deshalb brauchen wir ein grunderneueretes
381 Verbraucherinformationsgesetz, das selbstbestimmte Entscheidungen unterstützt.
382 So stärken wir die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher und nehmen die
383 Produzenten in die Pflicht. Außerdem wollen wir in Handelsverträgen mit
384 Entwicklungsländern verpflichtend Umwelt-, Menschenrechts- und Sozialklauseln
385 verankern.

386 *II.6 Selbstbestimmt leben - ganz egal was der Background ist*

387 Aus unserem emanzipatorischen Freiheitsverständnis heraus treten wir für gleiche

388 Rechte für alle ein - egal welcher Herkunft, welchen Glaubens, welchen Alters,
389 welchen Geschlechts und welcher sexuellen Orientierung, ob mit Behinderung oder
390 ohne. Wir kämpfen für eine Gesellschaft frei von Rassismus und Diskriminierung.
391 Hier gibt es in Deutschland immer noch viel Nachholbedarf. Frauen verdienen
392 deutlich weniger als Männer. Die Kombination von Minijobs und Ehegattensplitting
393 verhindert weiterhin die Absicherung von Frauen und bringt sie oft in die
394 Altersarmut. Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften haben immer noch nicht
395 die gleichen Rechte wie Heterosexuelle. Viele junge Menschen müssen sich immer
396 noch entscheiden, welchen Pass sie haben wollen, statt einfach einen Doppelpass
397 zu erhalten.

398 Die Große Koalition hat in der Gesellschaftspolitik bis jetzt nicht viel bewegt.
399 Schlimmer noch, sie erhebt gar nicht erst ernsthaft den Anspruch die
400 Gesellschaft zu modernisieren. Vielmehr macht sie Alibipolitik, die im besten
401 Fall nichts schlimmer und im schlimmsten Fall vieles kaputt macht. Sie ringt
402 sich widerwillig zu einer Frauenquote durch, die nicht weit genug geht. Lesben
403 und Schwulen werden weiterhin elementare Rechte vorenthalten. So bleibt die
404 Große Koalition bei der verfassungswidrigen Benachteiligung eingetragener
405 Lebenspartnerschaften im Adoptionsrecht und im Steuerrecht. Die doppelte
406 Staatsbürgerschaft wurde von Sigmar Gabriel lauthals versprochen - gekommen sind
407 bürokratische Ausnahmeregelungen. In der Drogen- und Suchtpolitik ist die Große
408 Koalition ideologisch verbohrt. Sie setzt auch weiterhin auf längst gescheiterte
409 Verbote, Repression und Bevormundung.

410 Wir Grüne fordern einen neuen Aufbruch in der Gesellschaftspolitik. In der rot-
411 grünen Regierungszeit haben wir viele neue Freiheiten erkämpft, doch seitdem hat
412 sich nicht mehr viel getan. Wir Grüne kämpfen gegen jede Form von Rassismus und
413 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, setzen uns für eine wirkliche
414 Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften ein, schlagen
415 die Gläserne Decke für Frauen in dieser Gesellschaft ein und wollen Menschen
416 nicht mehr vor die Entscheidung stellen, welchen Pass sie haben. In der
417 Drogenpolitik wollen wir die Kriminalisierung von KonsumentInnen beenden und
418 heute illegale Substanzen wie Cannabis, aus dem Schwarzmarkt herausholen. Nur so
419 kann man wirksam Prävention und Jugendschutz betreiben, sinnvolle Maßnahmen zur
420 Schadensminderung anbieten und Kriminalität effektiv bekämpfen. Wir verstehen
421 Freiheit als solidarisch, partizipatorisch und emanzipatorisch, weil sie die
422 Voraussetzungen für selbstbestimmte Entscheidungen für alle schafft. Deshalb
423 setzen wir uns für eine Politik ein, die wirkliche Selbstbestimmung und ein
424 Leben ohne unnötige Einschränkungen ermöglicht.

425 *II.7. Eine freie Gesellschaft braucht Teilhabe und sozialen Zusammenhalt*
426 Freiheit ist für uns Grüne nicht nur die Abwesenheit von staatlicher Repression
427 und unsinnigen Verboten. Wir wollen auch die Freiheit und Selbstbestimmung von
428 Menschen ausweiten, indem wir ihnen gemäß unserem emanzipatorischen und
429 partizipativen Freiheitsverständnis mehr Teilhabe an dieser Gesellschaft
430 ermöglichen. Frei ist eine Gesellschaft nur dann, wenn sie allen ihren
431 Mitgliedern gleiche Rechte und Chancen einräumt. Dabei geht es nicht um
432 staatliche Gleichmacherei, sondern um eine Politik, die sich dem Gemeinwohl und
433 dem sozialen Zusammenhalt verpflichtet fühlt.

434 Die Große Koalition traut sich an eine grundlegende Reform unserer Sozialsysteme

435 nicht heran. Dabei wissen im Grunde alle, dass unser Rentensystem keinen
436 effektiven Schutz vor Altersarmut bietet und unsere Sozialbürokratie sehr
437 bürokratisch, aber nur bedingt sozial ist.

438 Wir Grüne kämpfen für eine Mindestabsicherung, die Freiheit ermöglicht und keine
439 neuen Abhängigkeiten schafft. Mit unserer grünen Grundsicherung stellen wir uns
440 gegen eine Sozialstaatsgängelung, in der Zahnbürsten gezählt werden. Statt auf
441 Bestrafung und Gängelung setzen wir auf Motivation, Hilfe und Anerkennung. Im
442 Kampf gegen die Altersarmut haben wir deshalb mit unserer Garantierente ein
443 Konzept vorgelegt, das sicherstellt, dass auch Geringverdienende, Erwerbstätige
444 in Teilzeit oder mit unterbrochenen Erwerbsbiografien als langjährig Versicherte
445 der gesetzlichen Rentenversicherung im Alter nicht auf Leistungen der
446 Grundsicherung angewiesen sind. Damit wird Altersarmut auch und gerade von
447 Frauen verhindert.

448 *II.8 Freie Entfaltung und selbstbestimmte Entscheidungen für alle Familien*

449 In unserem Land gibt es eine große Vielfalt familiären Zusammenlebens, die alle
450 unsere Anerkennung erfahren: Sie alle haben ein Recht darauf frei und
451 selbstbestimmt ihren Alltag zu leben. Dafür müssen allerdings endlich die
452 Voraussetzung geschaffen werden: ob über die notwendige Reform des
453 Ehegattensplittings, über ausreichende Kita-Plätze, eine funktionierende
454 Betreuungs- und Schulinfrastruktur, die Möglichkeit von Teilzeitstellen, das
455 Rückkehrrecht auf Vollzeit oder die Absicherung von Phasen der Fürsorge. Hier
456 sind sowohl Staat als auch Wirtschaft und Gesellschaft gefragt, emanzipatorische
457 und partizipative Freiheit zu ermöglichen. Wenn zwei Drittel aller Eltern
458 Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen wollen, dies aber nur in
459 sechs Prozent der Fälle im Alltag gelingt, ist das eine erschreckende Diskrepanz
460 - und ein Auftrag an unsere Politik, den wir beherzt annehmen.
461 Gute Bildung ist der Grundpfeiler einer offenen Gesellschaft. Deshalb brauchen
462 wir ein Bildungs- und Wissenschaftssystem, das den Menschen ermöglicht bewusste
463 und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen. Eine pluralistische und
464 lebendige Demokratie lebt vom Mitmachen der BürgerInnengesellschaft. Deshalb
465 muss unsere Demokratie genügend Freiräume und vielfältige Bildungsmöglichkeiten
466 bieten, damit neue Ideen entwickelt und getestet werden können.

467 Die Große Koalition gefährdet die Entscheidungsfreiheit von Familien. Besonders
468 die Union hält an einem Familienbild aus dem letzten Jahrhundert fest und
469 ignoriert die Realität mit ihren vielfältigen Familienformen und vielseitigen
470 Anforderungen. Letztendlich leiden darunter die Kinder. Wirksame Maßnahmen gegen
471 die geringeren Gehälter von Frauen bleibt sie schuldig. In der Bildungspolitik
472 macht sie Tappschritte. Zu einem wirklichen Ende des Kooperationsverbots kann
473 sie sich nicht durchringen, obwohl damit endlich große gesamtstaatliche Aufgaben
474 gemeinsam angepackt und die Fundamente der Bildungsfinanzierung gestärkt werden
475 könnten.

476 Wir Grüne fordern Kinder in den Mittelpunkt der Familienpolitik zu stellen. Das
477 bedarf der Anerkennung und Gleichbehandlung aller Familienmodelle und flexibler
478 Arbeitsmodelle, die auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen. Dazu braucht es
479 eine Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur, die es Eltern ermöglicht, Beruf und
480 Familie partnerschaftlich zu vereinbaren. Bei der Infrastruktur dürfen wir die
481 Qualität der Einrichtungen nicht vernachlässigen. Niemandem ist geholfen, wenn

482 die Kinder entweder keinen Platz in einer Einrichtung finden oder in zu großen
483 Gruppen zu wenige Anregungen erfahren. Kitas, Schulen und Hochschulen brauchen
484 eine angemessene Ausstattung. Nur so kann sie zu einem selbstbestimmten Leben
485 führen. Wir sehen es als wichtige staatliche Aufgabe, alle Menschen in die Lage
486 zu versetzen, an der Willensbildung in diesem Land teilzunehmen und ihr
487 persönliches Schicksal bewusst beeinflussen zu können. Diese persönliche
488 Freiheit und Selbstbestimmung ist das Ziel grüner Politik. Und diese Debatte
489 werden wir im kommenden Jahr mit unserem Schwerpunkt Zeitpolitik fortsetzen.